

## Antrag

**der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, Stefan Keuter, Dr. Harald Weyel, Dr. Malte Kaufmann, Marc Bernhard, René Bochmann, Kay Gottschalk, Karsten Hilse, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Mike Moncsek, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Ernährungssouveränität und Ernährungssicherheit afrikanischer Staaten als präferiertes Ziel deutscher Entwicklungszusammenarbeit**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Bundestag stellt fest:

Die Corona-Krise und der andauernde Ukraine-Konflikt stellen die Welt vor enorme Herausforderungen. Sichtbar wird dies an Rohstoff- und Lieferengpässen für eine Vielzahl von Produkten sowie dem Zusammenbruch von globalen Lieferketten in einer Vielzahl von Staaten. Der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine hat eine zuvor schon bestehende Problematik abermals verschärft.

Auch der Selbstversorgungsgrad westlicher Industrienationen im Bereich der Nahrungsmittel nimmt ab. Hier kann mittlerweile konstatiert werden, dass diese in einem nicht unerheblichen Maße von Nahrungsmittelimporten in Abhängigkeiten geraten, um den eigenen Bedarf ihrer Bevölkerung zu decken.

Die Russische Föderation und die Ukraine gehören für viele Länder Afrikas zu den Hauptlieferanten für Grundnahrungsmittel wie Weizen und Mais. Das Welternährungsprogramm warnt, dass, bedingt durch den Exportstopp, in den kommenden Monaten viele Menschen Nahrungsmittelhilfen in Afrika benötigen werden. Besonders betroffen sind die Länder Ostafrikas, Dschibuti, Kenia, Somalia und Äthiopien.

Hinzu kommen immer wieder gewaltsam ausgetragene Konflikte, Korruption, schlechte Regierungsführung und die weltweit anziehende Inflation, die dafür sorgen, dass Afrika im Dauerkrisenmodus verharrt.

Hier tritt ein weiteres strukturelles Defizit einer seit sechzig Jahren andauernden, fragmentierten und ideologisierten Entwicklungspolitik zutage. Die über diesem Zeitraum praktizierte Entwicklungspolitik hat trotz enormen Einsatzes finanzieller Mittel und Personal nicht dazu geführt, dass die afrikanischen Staaten eine Resilienz gegen aufkommende und bestehende Krisen aufgebaut haben.

#### II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Projekte und Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Staaten verstärkt auf die Nahrungsmittelproduktion auszurichten;

2. eine standortangepasste und ressourceneffiziente Nahrungsmittelproduktion in gemeinsamer Kooperation umzusetzen;
3. Einfluss zu nehmen, mit dem Ziel einer auf den afrikanischen Markt ausgerichteten Land- und Ernährungswirtschaft, die sich an den Bedürfnissen und Erfordernissen vor Ort orientiert;
4. Maßnahmen aktiv zu unterstützen, die dazu geeignet sind, die afrikanische Landwirtschaft und Lebensmittelgewerbe vor Dumping-Importen aus anderen Kontinenten wirksam zu schützen;
5. bei der Gewährung internationaler Lebensmittelhilfen und Ernährungsprogrammen der Vereinten Nationen und von sogenannten NGOs darauf zu achten, dass nicht durch wohlmeinende Hilfsbereitschaft die regionalen Märkte vor Ort ruiniert werden;
6. das Wissen und die Erfahrungen unserer heimischen Landwirtschaft einerseits zu offerieren – sofern sie vor Ort angemessen und praktikabel sind – und die afrikanischen Staaten andererseits auf ihre Eigenverantwortung im Hinblick auf ihre primäre staatliche Aufgabe, die eigenständige Versorgung ihrer Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln sicherzustellen, hinzuweisen und beratend zu begleiten;
7. die afrikanischen Staaten im Bereich Lagerung der Ernte und vor allem Wertschöpfung bei der Produktion, Veredelung, Haltbarmachung sowie der Lager- und Transportlogistik von Grundnahrungsmitteln zu unterstützen;
8. die Demokratische Volksrepublik Algerien durch fachliche Beratung und Expertise beim Phosphatabbau unter angemessener, langfristiger und vertraglich abgesicherter Exportbeteiligung zu Gunsten der deutschen Landwirtschaft sowie der Düngemittelproduktion zu unterstützen;
9. die afrikanischen Staaten beim Bau moderner Wasserrückhaltesysteme und Bewässerungsanlagen für die Landwirtschaft fachlich zu unterstützen und zu begleiten, um eine signifikante Ertragssteigerung zu gewährleisten;
10. den Ausbau und die Sicherung nationaler Saatgutbanken in den afrikanischen Ländern beratend zu begleiten;
11. das Bilaterale Kooperationsprogramm (BKP) des BMEL zu stärken sowie die Federführung an das BMZ zu übertragen;
12. sich in den Gremien der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass die Spekulation mit Ackerland international durch Resolutionen geächtet und unterbunden wird;
13. sich dafür einzusetzen, dass die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organisation, FAO) als internationale Institution völkerrechtlich und politisch gestärkt wird, um völkerrechtliche Normen und Leitlinien für die Förderung der Ernährungssicherung umzusetzen;
14. sich verstärkt bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen einzusetzen, dass sowohl Produktion und Verteilung von landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln verbessert werden, um so die Ernährung zu sichern;
15. die äußerst umfangreiche und fragmentierte Entwicklungszusammenarbeit in Afrika zu straffen, um dadurch eine Evaluation der abgeschlossenen Projekte und Maßnahmen sowie deren Wirksamkeit stärker als bisher sicherzustellen;
16. durch die Straffung einen optimalen Einsatz und Wirksamkeit der begrenzten deutschen Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewährleisten sowie

17. sich dafür einzusetzen, dass Handels- und Zollpräferenzen, die der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Afrikas abträglich sind, umgehend aufgehoben werden.

Berlin, den 5. Juli 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## **Begründung**

Die afrikanische Politik bewegt sich trotz aller Rückschläge, wie jüngst durch die Corona-Pandemie, in die richtige Richtung. Das strategische Konzept der Afrikanischen Union zur Entwicklung Afrikas, die „Agenda 2063“, ist ein Ausdruck des Bewusstseins Afrikas für sich selbst sorgen zu wollen.

Jedes Land trägt grundsätzlich selbst die Verantwortung für eine ausreichende, gesunde Ernährung seiner Bevölkerung. In vielen Ländern Afrikas fehlt es für diese Aufgabe an geeigneten Verwaltungsstrukturen, Fachleuten, Wissen und Kapital sowie am rechtlichen Rahmen. Die Regierungen, Institutionen und Zivilgesellschaften in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu stärken, muss daher prioritär als Ziel verfolgt werden.

Probleme mit der Lebensmittelversorgung gibt es vor allem dort, wo Regierungen ihrer Verantwortung für die Ernährungssicherung ihres Landes nicht nachkommen. Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Schutz und Gewährung von Menschenrechten sowie Rechenschaftspflicht der Regierenden gehören zu den Voraussetzungen für nachhaltige Ernährungssicherung ([https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Welternaehrung-verstehen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Welternaehrung-verstehen.pdf?__blob=publicationFile&v=5)).

Land und fruchtbarer Boden, Wälder, Wasser und Fischgründe sind begrenzte Güter und daher oft Gegenstand von Konflikten und konkurrierenden Nutzungen. Einerseits sind Zugangs- und Nutzungsrechte für Land und produktive Ressourcen für die Menschen in ländlichen Gebieten überlebenswichtig. Zunehmend kollidieren jedoch – oft nicht rechtlich verankerte – Eigentums- und Nutzungsrechte mit den wachsenden Agrarinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Landwirtschaft stellt in Afrika eine Schlüsselbranche dar. Der Kontinent bietet fruchtbare Böden, Wasser und Arbeitskraft. Besonders an Ackerflächen mangelt es nicht. Pro Einwohner stehen 0,25 Hektar Nutzfläche zur Verfügung, dies entspricht dem Weltdurchschnitt.

Zu den meistangebauten landwirtschaftlichen Produkten zählen Reis, Hirse, Mais, Jamswurzel, Maniok, Okra, Bananen, Kaffee, Baumwolle, Kakao, Erdnüsse, Palmöl, und Datteln. Trotz Armut und wiederkehrender Nahrungsmittelkrisen sind Experten sich einig: Afrika hat das Potential, sich selbst zu ernähren.

Über 60 Prozent aller erwerbstätigen Afrikaner südlich der Sahara sind im Agrarsektor tätig. Doch das Potenzial der Landwirtschaft kann sich, bedingt durch eine Vielzahl von Faktoren, nicht frei entfalten. Unfaire Handelsbedingungen, Energiepolitik, steigende Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und klimatische Bedingungen sind einige der Ursachen hierfür (<https://www.gemeinsam-fuer-afrika.de/nahrungsmittel/#:~:text=Zu%20den%20meist%20angebauten%20landwirtschaftlichen,Potential%2C%20sich%20selbst%20zu%20ern%C3%A4hren>).

2019 waren 675 Millionen Menschen in Afrika von Ernährungsunsicherheiten betroffen. Im weltweiten Vergleich ist Afrika weiterhin der Kontinent mit der höchsten Unterernährungsrate; diese ist mehr als doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt. 2019 waren über 250 Millionen Menschen und damit durchschnittlich über 19 Prozent der Bevölkerung von Unterernährung betroffen. In einigen Ländern wie Madagaskar, dem Tschad oder Liberia liegt der Anteil Unterernährter noch deutlich höher; in der Zentralafrikanischen Republik ist die Situation weltweit am gravierendsten ([https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/afrika-konzept.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/afrika-konzept.pdf?__blob=publicationFile&v=5)). Berichten zufolge sollen sich allein im Tschad die Nachernteverluste auf rund 70 Prozent belaufen. Der Bodenertrag muss insgesamt gesteigert werden.

Mosambik zum Beispiel exportiert Mais, um das selbst benötigte Maismehl dann teurer wieder einzuführen. Insgesamt liegt der Wert importierter landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Lebensmittel etwa beim Doppelten der entsprechenden Ausfuhren.

Weiterhin ist ein wesentlicher Faktor für die Verknappung von Nahrungsmitteln in Afrika südlich der Sahara der weltweite Aufschwung von Agrartreibstoffen durch die Energiepolitik vieler Industrienationen. Auch hier bedarf es einer grundsätzlichen Neuausrichtung.

Für die Produktion des Treibstoffs werden vermehrt Nutzpflanzen wie Mais, Zuckerrohr, Ölpalmen oder Sojabohnen angebaut. Dies geschieht bevorzugt auf Anbauflächen von Entwicklungsländern. Die dort angebauten Agrarprodukte werden schließlich durch die steigende Produktion von Biotreibstoff „verheizt“ und stehen nicht für die Produktion von Lebensmitteln zur Verfügung. In diesem Zusammenhang werden darüber hinaus auch bestehende Landrechte der einheimischen Landwirte verletzt. Denn für die Nutzung der Anbauflächen, werden die Menschen oft gewaltsam von ihrem Land vertrieben oder zum Verkauf ihres Grund und Bodens gezwungen.

Die steigende Nachfrage von Agrarrohstoffen für Biotreibstoff führt zudem zu einem Anstieg der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel. Dies führt zu einem weiteren Nachteil für afrikanische Länder. Denn die, auf den Flächen der ausländischen Investoren produzierten Nahrungsmittel, werden exportiert. Afrika wird gezwungen, Grundnahrungsmittel wie Getreide zu hohen Preisen zu reimportieren (<https://www.gemeinsam-fuer-afrika.de/nahrungsmittel/#:~:text=Zu%20den%20meist%20angebauten%20landwirtschaftlichen,Potential%2C%20sich%20selbst%20zu%20ern%C3%A4hren>).

Der extreme Anstieg der Preise für Agrarrohstoffe ist jedoch nicht allein auf die vermehrte Produktion von Biotreibstoffen zurückzuführen. Signifikanten Einfluss auf den Preisanstieg haben auch zunehmende Spekulationen an den internationalen Börsen.

Die Weltmarktpreise stiegen in den letzten Jahren in unnatürliche Höhen. Dies liegt daran, dass Preise für Nahrungsmittel heute nicht mehr ausschließlich Ergebnis von tatsächlichem Angebot und realer Nachfrage sind.

Sie hängen zunehmend von fiktiven Erwartungen der internationalen Börsen ab. Spekulationen – die ursprünglich eine preisstabilisierende Wirkung im Rahmen des Handels von Agrarrohstoffen hatten – haben in Folge des Zusammenbruchs der Immobilien- und Kreditmärkte in 2007/2008 stark zugenommen. Auf der Suche nach neuen Anlageformen stiegen die Banken und Fondsgesellschaften in den Handel mit Agrarrohstoffen ein. Nicht die tatsächliche Warentransaktion, sondern die Diversifizierung der Anlagen und kurzfristige Gewinne stehen hierbei im Vordergrund. Dieses Spekulieren auf steigende und fallende Preise führt zu massiven Preisschwankungen und steigenden Grundnahrungsmittelpreisen (vgl. auch <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/spekulation-mit-nahrungsmitteln-die-schuld-der-hungermacher-1.1824690>).